
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verbraucher*innenbildung an Schulen stärken – Beratungsnetzwerk zum Thema Finanzbildung, Marktgeschehen und Verbraucher*innenrecht einrichten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Koordinierungsstelle bei der Verbraucherzentrale Berlin e. V. einzurichten, mit dem Ziel, ein Beratungsnetzwerk für Finanzbildung und Verbraucher*innenrecht an Berliner Schulen aufzubauen. Das Netzwerk soll den Fachaustausch mit den Schulen samt Bereitstellung von qualitätsgeprüften Informationsmaterialien sichern und über Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten beraten. Darüber hinaus soll das Netzwerk die flächendeckende Umsetzung der Empfehlungen „Verbraucherbildung an Schulen“ der Kultusministerkonferenz (KMK) in Berlin unterstützen.

Begründung

Tagtäglich treffen Kinder und Jugendliche auf zahlreiche analoge und digitale Konsummöglichkeiten, sie brauchen Mobilfunkverträge und schließen früher oder später ihren ersten Mietvertrag ab. In der Fülle der Angebote fehlt jedoch oft die Zeit oder die Information, das Konsumverhalten entsprechend zu reflektieren und sich dabei effektiv zu schützen. Die KMK hat die Bedeutung der Verbraucher*innenbildung für die jungen Konsument*innen anerkannt und in ihrer Empfehlung „Verbraucherbildung an Schulen“ aus dem Jahr 2013 als Ziel gefasst, dass Verbraucher*innenbildung in den Schulunterricht integriert sowie die hierfür entsprechende Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften verankert wird. Als ein zentrales Handlungsfeld formuliert die KMK den Erwerb von Kompetenzen in den Bereichen Finanzbildung, Marktgeschehen, nachhaltiger Konsum und Verbraucher*innenrecht.

Während Verbraucher*innenbildung in Bundesländern wie Schleswig-Holstein bereits in den Curricula verankert ist, gibt es in Berlin nur vereinzelte Projekte, die auf dem Engagement einzelner Lehrer*innen beruhen. Das Netzwerk steht ihnen unterstützend zur Seite und trägt zur flächendeckenden Umsetzung der Empfehlungen der KMK bei.

Berlin, den 5. Dezember 2023

Jarasch Graf Wojahn
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen